Das Jahr 2016



Wahlkämpfer Trump

MARTIN SCHOELLER / AUGUST

Vereinigte Staaten

Kann ein Clown Präsident der USA werden?

Seit Monaten beherrscht der Immobilienmilliardär Donald Trump die Schlagzeilen – egal, wen er beleidigt, ob Latinos oder Schwarze, Frauen oder Muslime, seine republikanischen Rivalen oder die demokratische Spitzenreiterin Hillary Clinton. Längst müsste das Trump-Phänomen ausgebrannt und der Clown von echten Bewerbern verdrängt sein. Es sei absolut ausgeschlossen, hieß es anfangs, dass einer wie Trump eine Chance habe, Präsidentschaftskandidat, geschweige denn Präsident zu werden. Doch seit Monaten liegt Trump in den Umfragen weit vor allen anderen Bewerbern der Republikaner. Eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Morning Consult ergab sogar, dass Trump in anonymen Online-Erhebungen noch mal um rund sechs Prozent besser abschneidet als in Telefonbefragungen. Laut dem Morning-Consult-Chefdemoskopen würden viele ihre Trump-Affinität aus Gründen der politischen Korrektheit verschweigen. Konkurrenzlos poltert Trump so in die ersten Vorwahlen in Iowa und New Hampshire Anfang Februar. Diese werden wichtiger als je zuvor, denn sollte Trump dort gewinnen, hätte er gute Aussichten auf die Nominierung beim Wahlparteitag der Republikaner im Juli. Es wäre ein Albtraum für die Parteispitze: Ein Outsider-Kandidat Trump, so fürchtet sie, würde einen Sieg der Demokraten bei der Wahl im November garantieren. Denn Trump zerstört die mühsam entwickelte Strategie, Frauen und Latinos als Wähler zu ködern. Als Präsidentschaftskandidat würde er nicht nur die Wähler der Mitte abschrecken, ohne die ein Wahlsieg unmöglich ist, sondern auf lange Sicht auch die Chancen republikanischer Kandidaten auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene sabotieren. Was tun? Eine Möglichkeit wäre eine Kampfabstimmung beim Parteitag, mit einem Gegenkandidaten der Republikaner-Führung. Das allerdings könnte die zerrissene Partei in den Abgrund führen. Es ist wahrscheinlicher, dass Donald Trump der Kandidat der Republikaner wird – und Amerika noch das ganze Jahr 2016 über beschäftigt. Dann allerdings dürfte es vorbei sein mit dem Phänomen Trump, schließlich wird am Ende Hillary Clinton gewinnen, da sind sich die Demoskopen, wieder einmal, ganz sicher. pit

Wie geht es weiter mit dem Euro und den Flüchtlingen, Terror und Trump? Eine kleine Vorschau auf das neue Jahr.

Migration

Wie viele Flüchtlinge kommen noch?

Über eine Million Flüchtlinge erreichten 2015 Deutschland, mehr als doppelt so viele wie am Jahresanfang prognostiziert. Entsprechend vorsichtig ist die Bundesregierung nun mit Vorhersagen für das Jahr 2016. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nennt bislang keine Zahlen. Die EU-Kommission rechnet bis Ende 2017 mit insgesamt drei Millionen Asylsuchenden in Europa. Anzeichen für eine Entspannung der Lage sind nicht in Sicht, denn die Fluchtursachen bestehen weiterhin: Krieg im Irak und in Syrien, Vormarsch der Taliban in Afghanistan, korrupte Diktaturen in Afrika, Perspektivlosigkeit in den Balkanstaaten. Die Grenzzäune, die Ungarn, Slowenien und Mazedonien in den vergangenen Monaten errichteten, haben die Flüchtlinge nicht aufgehalten, sondern nur umgeleitet. Und auch die Türkei, die nun im Auftrag der EU die Flüchtlinge stoppen soll, wird das kaum schaffen – wenn die Regierung in Ankara es denn überhaupt will. Doch selbst wenn die türkische Armee und Küstenwache die Boote an der Überfahrt nach Griechenland hindern, könnte das dazu führen, dass 2016 wieder mehr Menschen die noch gefährlichere Route von Tunesien, Libyen oder Ägypten über das Mittelmeer nehmen. Das bedeutet: mehr Tote als 2015, wo fast 4000 Menschen bei der Überfahrt ertranken. Auch der Ansturm auf die an Marokko grenzenden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla dürfte 2016 wieder zunehmen. Dort trennt nur ein Zaun Nordafrika und die EU. Während der Weihnachtstage kletterten erneut fast 200 Afrikaner auf spanisches Gebiet. Das könnte nun öfter geschehen. syd

Europa

Gibt es bald wieder Grenzkontrollen?

Ja, und zwar sehr schnell: Ab dem 4. Januar muss man an der Grenze zwischen Dänemark und Schweden wieder einen Pass vorzeigen. Schweden, das im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, fühlt sich überfordert. In der Metropolregion Kopenhagen-Malmö wird ein Verkehrschaos erwartet, aber die Schockwelle könnte ganz Europa fühlen, denn: Der vor vielen Jahren nahe des Luxemburger Ortes Schengen verabredete Abbau der Grenzen innerhalb Europas ist in Gefahr, ausgerechnet diese für den Bürger spürbarste Errungenschaft. Und nicht nur in Skandinavien, auch bei der deutschen Bundespolizei existieren Notfallpläne, die Grenze nach Österreich abzuriegeln. Eine Kettenreaktion von Grenzschließungen wäre die Folge. Die EU-Kommission will solch nationalstaatliche Alleingänge verhindern. Als erste Maßnahme erhält daher nun Griechenland Hilfe, um Flüchtlinge schneller zu registrieren; chancenlose Asylbewerber sollen zügig abgeschoben werden. Hilft all das nicht, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, droht im Jahr 2016 ein Ende von Schengen. Das hätte nicht nur Auswirkungen für Pendler und Touristen, sondern auch für den Export-Europameister Deutschland. Scheitert Schengen, würde das Wirtschaftswachstum einbrechen, schätzt der IWF. pau



NURPHOTO / ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Flüchtlinge auf der Balkanroute

Russland

Wird Putin weitere Länder besetzen?

Seine Jugend in den Straßen von Leningrad habe ihn gelehrt: Ist eine Prügelei unausweichlich, schlage als Erster zu. So rechtfertigte Wladimir Putin im Oktober Russlands Intervention in Syrien. Es war zugleich eine Kampfansage: Wenn der Westen fortfährt, Staaten in sein Lager zu ziehen, die Moskau der eigenen Einflusszone zurechnet, wird



SASHA MORDOVETS / GETTY IMAGES

Kriegsherr Putin

der Kreml eingreifen. So war es 2008 in Georgien und 2014 in der Ukraine, als Putin den Volksaufstand mit der Annexion der Krim und der Unterstützung für prorussische Rebellen im Donbass beantwortete. Und so könnte es bald in Moldau geschehen, das von der EU zusammen mit fünf anderen Staaten der Exsowjetunion im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ umworben wird. „Selbst wenn der Preis hoch ist, will Russland den Westen lehren, seine Interessen zu respektieren“, sagt Sergej Karaganow, Doyen der russischen Außenpolitik. Putins Waffengänge haben ihn laut „Forbes“ wiederholt zum mächtigsten Mann der Welt gemacht. Im eigenen Land kaschieren sie die tiefe Wirtschaftskrise, Putins ohnehin hohe Popularität ist weiter gestiegen. „Die russische Elite braucht die Konfrontation und den äußeren Feind, um Reformen zu beginnen – oder um zu rechtfertigen, dass diese Reformen nicht durchgeführt werden“, sagt Karaganow. mas

Euro

Reicht das Geld für die Griechen?

Er wird vielleicht nicht so heißen, aber er wird 2016 kommen, ja kommen müssen: der Schuldenschnitt. Griechenland braucht mehr Einnahmen, mehr Wachstum und mehr Vertrauen, wenn es wieder auf eigenen Füßen stehen soll. Das ist mit einer Schuldenlast von rund 340 Milliarden Euro und einer Verschuldungsquote von etwa 200 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht zu schaffen. Die Verschuldung muss nachhaltig reduziert werden, damit die Regierung überhaupt Kredite bedienen kann. Das heißt: Die Gläubiger müssten Forderungen von 150 bis 200 Milliarden Euro abschreiben, das meint zum Beispiel auch der IWF. Alternativ könnte Griechenland mit der Tilgung nicht in knapp zehn Jahren, sondern deutlich später beginnen; und die Laufzeiten könnten von durchschnittlich 30 auf 60 Jahre angehoben werden. Das wäre de facto ein heimlicher Schuldenschnitt, und für den plädiert auch Angela Merkel, wenn sie öffentlich über neuen „Spielraum“ für die Griechen philosophiert. Ähnliches meint EZB-Chef Mario Draghi, wenn er ein „Element der Schuldenerleichterung“ fordert. Beiden ist klar: Ohne eine Reduzierung der Schuldenlast wird das Land kein Vertrauen bei privaten Investoren finden und kein neues Wachstum produzieren. Kommt zumindest der indirekte Schuldenschnitt 2016, dann könnte das dritte Hilfspaket für Athen das letzte gewesen sein. Kommt er nicht, werden Arbeitslosigkeit und soziale Not kein Ende nehmen, wird sich die Negativspirale weiter fortsetzen – und am Ende ist ein vierter Bailout notwendig. Da kann gespart werden, koste es, was es wolle. mer